WB-FU-01-061

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Berlin-Neukölln
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:
Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt. Die Geflüchtetenpolitik wollen wir am höchsten Schutzstandard orientieren. Landesregierungen mit grüner Beteiligung haben gezeigt, wie das geht: In Bremen wurden afghanischen Flüchtlinge aus humanitären Gründen längerfristige Bleiberechte gewährt. In Niedersachen und Berlin werden keine Abschiebungen in das hochgefährliche Afghanistan praktiziert, in Schleswig-Holstein wurde sogar ein formeller (dreimonatiger) Abschiebestopp verhängt.

Begründung

Menschenrechtsorganisationen warnen vor der instabilen Lage in Afghanistan. Laut dem neuem UNHCR Bericht ist „das gesamte Staatsgebiet Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie" betroffen. Dennoch haben bislang fünf Sammelabschiebungen stattgefunden, an denen sich auch grün mitregierte Bundesländer beteiligt haben. Über ein Mitgliederbegehren haben sich deshalb über 200 grüne Mitglieder und Kreisverbände für einen menschenrechtsbasierten Umgang mit afghanischen Flüchtlingen eingesetzt. Anlass war auch das Bekanntwerden des sogenannten "Afghanistan-Papiers". Nach wie vor kritisieren wir, die darin aufgeführten Bedingungen unter denen grüne Landesregierungen afghanische Flüchtlinge abschieben. In dieser konkretisierten Abschiebeperspektive sehen wir einen Bruch des faktischen Abschiebestopps, der sich in den letzten 12 Jahren in den Ländern etabliert hatte. Anstatt die falsche Sicherheitsbeurteilung der Bundesregierung zur letzten Instanz für das Schicksal afghanischer Flüchtlinge zu erklären, müssen wir Grüne alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Abschiebungen nach Afghanistan zu blockieren und zu verhindern. Die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen in Bremen oder die Möglichkeit eines dreimonatigen Abschiebestopps, von der Schleswig-Holstein Gebrauch macht, belegen zweifelsfrei, dass wir Grüne über mehr Spielraum verfügen, als im "Afghanistan-Papier" erkennbar wird. Mittlerweile fordern auch die NRW-Grünen von ihrem Koalitionspartner, der SPD, einen solchen Abschiebestopp zu verhängen. Die grüne Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen aus Afghanistan sollte dringend fortgeführt werden und Positivbeispiele schnell nachgeahmt werden.